

Mit Bürgerentscheiden als Bürger entscheiden

BEISPIEL 2

▶ **THEMA** Öffentliche Infrastruktur

▶ **DATUM** 20. April 1997

▶ **EINWOHNER** 4.025

▶ **WAHLBERECHTIGTE** 3.160

▶ **BETEILIGUNG** 75,3 %

▶ **ERGEBNIS** 36,9 % pro 59,8 % contra

Eine Blamage für Bayern?

▶ *Buchheim-Museum wegen Standortmängeln in Feldafing abgelehnt*

Wohl kaum ein Bürgerentscheid hat bis über die Landesgrenzen hinaus so hohe Wellen geschlagen wie die Entscheidung der Feldafinger Bürgerinnen und Bürger, in ihrem Ort auf das „Museum der Phantasie“ mit Buchheims international beachteter Expressionisten-Sammlung zu verzichten.

Mit größtem Einsatz hatten der Kunstsammler und Autor Lothar Günter Buchheim („Das Boot“), der bayerische Ministerpräsident Stoiber („Ich werde hier mit aller Macht darum kämpfen“) und der Feldafinger Bürgermeister versucht, das Projekt an Buchheims Wohn- und Wunschort Feldafing durchzusetzen. Der Gemeinderat hatte freilich bereits 1988 wegen unlösbarer Verkehrsprobleme abgewunken. Während in der Fachwelt und den Medien eine wilde Diskussion um den angeblich dürftigen Kunstsinnsinn der Feldafinger und die Sinnhaftigkeit von Bürgerentscheiden entbrannte, bewegte die Bürger vor Ort vor allem die ungelöste zentrale praktische Frage:

„Wohin mit den Autos?“

Dass für „*einen außerordentlichen Anziehungspunkt für den Süden Deutschlands und Europas*“ – so beschrieb Stoiber das Museum – nur einige Dutzend Parkplätze vorgesehen

und realisierbar waren, hält die Bürgerinitiative für den Beleg, dass sich die Verantwortlichen, vom Glanz der Buchheim'schen Museums-idee geblendet, zu einer veritablen Fehlplanung hatten hinreißen lassen, die schließlich durch den Bürgerentscheid gestoppt wurde. Neben den ungünstigen Standortbedingungen dürfte auch die Auseinandersetzung um einen Stiftungsvertrag eine Rolle gespielt haben, mit dem Buchheim nicht, wie insbesondere vom Bürgermeister verbreitet wurde, die Schenkung seiner Sammlung an die Museumsstiftung, sondern nur die unverbindliche Absicht einer Schenkung erklärte und sich die Verfügung über alle Teile ausdrücklich offen hielt. Dies wurde freilich erst publik, als die Bürgerinitiative den lange geheim gehaltenen Vertrag zwei renommierten Münchner Anwaltskanzleien zur Begutachtung vorgelegt hatte. Auf die klare Entscheidung – 75% hatten sich beteiligt, 62% der Stimmen waren gegen das Museum – folgte massive Kritik. Von einer „Blamage für Bayern“

war die Rede und Feldafings Bürgermeister Gerhard, der 1988 im Gemeinderat selbst gegen das Museum gestimmt hatte, sah nur noch einen „plebiszitären Scherbenhaufen“.

Museum zwei Dörfer weiter geschickt

In der Rückschau wirkt die Aufregung über das Bürgervotum fast ein wenig wunderbar: Schon 14 Tage nach der Abstimmung war in Bernried der heutige Standort des Museums gefunden, nur zwei Orte weiter, in verkehrsgünstiger Lage und direkt am Starnberger See. „Einen schöneren Platz hätten wir gar nicht finden können“, zitiert Museumsgeschäftsführer Lang den Museumsvater Buchheim. Und Ministerpräsident Stoiber pflichtet bei: „Wir können alle sehr zufrieden sein, dass die Sammlung Buchheim *hier in Bernried* vor Anker gegangen ist.“ Auch bei der Verkehrs- und Parkplatzfrage, die

letztlich die Abstimmung entschied, sieht sich die Bürgerinitiative bestätigt.

„Ganze 50 Parkplätze hielt unser Bürgermeister für absolut ausreichend“, erinnert sich Jürgen Gries-

meyer, einer der Initiatoren des Bürgerbegehrens mit Kopfschütteln: „300 werden zur Zeit als Minimum gebaut! Bus-Parkplätze hatte man gar keine gefunden. 13 sind zur Zeit in Bernried in der Planung. 180.000

Besucher im Jahr konnten sich die Museumsbefürworter äußerstenfalls vorstellen. Fast 280.000 waren es nach einem Jahr in Bernried.“

Interview:

„Katzbuckelnde Unterwürfigkeit“

Jürgen Griesmeyer über untertänige Redakteure, die Woge der medialen Empörung und wie sie an ihm vorüberzog

Was hat Sie veranlasst, eine Initiative zu gründen?

►► **Jürgen Griesmeyer:** In Feldafing sollte 1997 an einem verkehrsmäßig sehr ungünstigen Standort – dem Maffei-gelände – das Buchheim-Museum errichtet werden. Der Feldafinger Gemeinderat hatte hierfür die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen. Der Standort war 1988 vom Gemeinderat abgelehnt worden unter Hinweis auf die Beeinträchtigung des unter Landschaftsschutz stehenden angrenzenden Gebietes sowie des

neuralgischen Verkehrsknotenpunktes vor dem Museums-Gelände, wo zwei Staatsstraßen und eine Zufahrtsstraße zum Starnberger See aufeinander treffen. Aufgrund der Bedeutung der Buchheim'schen Expressionisten-Sammlung müsse mit großem Besucherandrang gerechnet werden. Die hierfür nötigen Parkplätze könnten aber nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung gestellt werden. Eine weitere infrastrukturelle Belastung durch das Museum könne der Gemeinderat für den Ort nicht verantworten – so der damalige Beschluss. Diese Problematik bestand auch 1997 – übrigens bis zum

heutigen Tage – und es war überhaupt nicht einzusehen, warum diese für die Aufrechterhaltung der Lebensqualität in Feldafing so wichtigen Ablehnungsgründe des damaligen Gemeinderates plötzlich keine Bedeutung mehr haben sollten.

Ist Ihnen die Organisation gut von der Hand gegangen?

►► **Jürgen Griesmeyer:** Ich denke schon. Die Organisations-Struktur war optimal. Wir hatten einen großen Unter-



Das Museum am neuen Standort Bernried: „Einen schöneren Platz hätten wir gar nicht finden können“, Lothar Buchheim

stützerkreis für die Finanzierung und Maßnahmen wie die Flugblattverteilung. Diese Leute haben in der Bürgerschaft als Multiplikatoren gewirkt, vor allem auch durch Mundpropaganda. Ein kleiner Arbeitskreis war für die strategisch-konzeptionelle, textliche und grafische Erarbeitung der Presse- und Bürger-Informationen zuständig. Dabei hat es sich für die Harmonie und das Engagement in diesem Kreis als sehr förderlich erwiesen, dass alle Maßnahmen – wenn auch oft nach langen und strapaziösen Diskussionen – letztendlich immer einvernehmlich beschlossen wurden.

Was war wichtig bei der Ausarbeitung des Bürgerbegehrens?

►► **Jürgen Griesmeyer:** Es war uns von Anfang an klar, dass es bei unserem Bürgerbegehren nicht nur um unseren Ort geht, sondern dass sich die bayerische Staatskanzlei einschalten würde und es dadurch zum Politikum wird.

Bereits bei der ersten Informationsveranstaltung der Gemeinde spürte man den Unmut der Bevölkerung über die unzureichende Planung und die mangelhaften bzw. sich widersprechenden Auskünfte der Politiker und Planer.

Als ein Bürger sagte, dass es ja auch noch die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens gibt, war die überhebliche Antwort unseres Bürgermeisters (Jurist): „Na, da bin ich mal gespannt, wie Sie das formulieren wollen.“ Deshalb haben wir von Anfang an eine sehr gute Anwaltskanzlei in München mit einbezogen, die Erfahrungen mit Bürgerbegehren hatte und uns während des ganzen Bürgerbegehrens begleitet hat. Diese Investition hat sich rentiert.

Bei der Namensgebung für das Bürgerbegehren, bei der Formulierung der

Fragestellung sowie bei der Begründung wurde unmissverständlich, sachlich und mit griffigen Texten die durch das Buchheim-Museum entstehende Problematik für den Ort herausgestellt, und die Täuschungs-Manöver der Politiker wurden entlarvt, sodass sich die Bürger eine klare Vorstellung von den zu erwartenden Auswirkungen in Bezug auf die Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität machen konnten.

Wie haben Sie Ihr Anliegen an die Öffentlichkeit gebracht?

►► **Jürgen Griesmeyer:** Man muss zugeben, dass die Person Buchheim, das geplante Museum, die spektakuläre Vermarktung unter dem viel versprechenden Namen „Museum der Phantasie“ und die Unterstützung des Vorhabens durch die Staatsregierung auf großes Interesse in der Öffentlichkeit stießen – insbesondere auch bei den Medien. So hat das Bürgerbegehren gegen den Museums-Standort – sicher einmalig in Deutschland – schnell einen hohen Bekanntheitsgrad erzielt.

Da sich nicht nur die lokale Presse voreingenommen und kritiklos für das Museum einsetzte, bei der Berichterstattung absolut parteiisch war und alle negativen Aspekte unterschlug – einige Redakteure agierten in geradezu katzenbuckelnder Unterwürfigkeit gegenüber Buchheim und der bayerischen Staatskanzlei –, musste ein anderer Kommunikationsweg gefunden werden, um die Feldafinger Bürger über die wahren Sachverhalte zu informieren.

Hier kam uns die relativ geringe Einwohnerzahl Feldafings mit nur circa 1.800 Haushalten sehr zustatten. Es wurde ein Verteilerring aufgebaut, indem wir den Ort straßenmäßig in Abschnitte aufteilten und als Verteiler

für unsere zahlreichen Informationsblätter, zuverlässige Leute aus dem Sympathisantenkreis gewinnen konnten. Vom ersten Tag des Bürgerbegehrens bis zum Schluss wurden so über die Briefkästen die Feldafinger Bürger zielgenau und ohne Verteilungskosten informiert.

Wir konnten es uns sogar leisten, zum Schluss die Presse ganz zu ignorieren, sodass mangels Berichterstattungsmöglichkeit über uns viele Leute außerhalb Feldafings besorgt anfragten, ob es uns denn als Gruppierung überhaupt noch gebe, bzw. sie uns wegen der ständigen Berichte pro Museum für das Bürgerbegehren nur noch geringe Chancen einräumten.

Von der Bedeutung und Funktion der agierenden Politiker haben wir uns nicht beeindrucken lassen – angefangen vom Bürgermeister, den wir als parteiischen, gegenüber der Staatsregierung unterwürfigen und die Öffentlichkeit täuschenden Mitbürger kennen lernen mussten, bis hin zu den beflissenen Ministerialbeamten in der Staatskanzlei, den Ministern für Finanzen und Kultur und dem sich vehement für das Museum einsetzenden Ministerpräsidenten.

Deren Argumente für das Museum – größtenteils propagandistisch und dünn in der Substanz – konnten wir mit unseren glasklaren Fakten jederzeit Paroli bieten. Auf die alles entscheidende Frage „Wo sollen denn die Autos der vielen Besucher nun parken?“ hatten sie bis zur Abstimmung keine überzeugende Lösung anzubieten.

Wie viel Zeit haben Sie in das Projekt investiert?

►► **Jürgen Griesmeyer:** Insgesamt ist das in etwa 7 Monaten über die Bühne gegangen.

Gerlinde Otter, Jürgen Griesmeyer und Eva Klug



„Wir hatten gar nichts gegen das Museum der Phantasie. Wir hatten nur etwas gegen den absolut ungeeigneten Standort.“



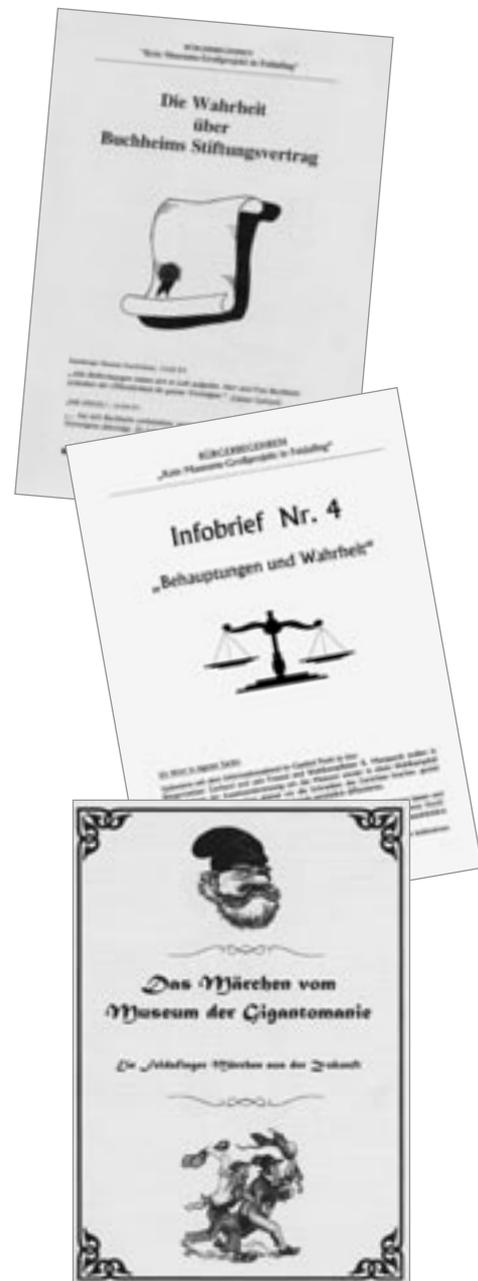
Hat sich der Umgang der Politiker vor Ort mit dem Bürger durch das Instrument Bürgerbegehren verändert?

►► **Jürgen Griesmeyer:** Wir glauben festgestellt zu haben, dass die Möglichkeit von Bürgerbegehren die Politiker in den Gemeinden des Landkreises Starnberg schon vorsichtiger gemacht hat bei der Planung und Durchsetzung größerer Projekte. Man ist doch mehr bemüht, Entscheidungen im Einvernehmen mit den Bürgern zu treffen, was auf örtlicher Ebene aber auch sehr von dem Wollen und der demokratischen Intelligenz des jeweiligen Bürgermeisters abhängt.

Die Versuchung, den Bürger zu übergehen, wächst, sobald es sich um überörtliche Projekte handelt und die Verantwortlichen sich leichter hinter der Anonymität behördlicher Entscheidungen verstecken können.

Hat sich Ihr Einsatz gelohnt?

►► **Jürgen Griesmeyer:** Für die Lebensqualität Feldafings hat sich der Einsatz in jedem Fall gelohnt. Der Erfolg des Bürgerbegehrens gegen den ungeeigneten Museumsstandort hat gezeigt, dass man sich gegen unvernünftige und die Lebensumstände beeinträchtigende Vorhaben der Politiker durch Entschlossenheit, Mut und Engagement erfolgreich zur Wehr setzen kann. 🗣️



! Mehr-Demokratie-Tipp

Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit mit und ohne Presse

Wie obiges Beispiel zeigt, ist es durchaus möglich mit relativ einfachen Mitteln solide Mehrheiten zu gewinnen, selbst wenn man die gesamte regionale und überregionale Presse und hochkarätige Polit-Prominenz zum Gegner hat. Dies gilt insbesondere für kleinere Orte. Mund-zu-Mund-Propaganda und kleine selbst herausgegebene, flächendeckend verteilte Mitteilungsblättchen sind hier die Mittel der Wahl. Auch eigene Infoveranstaltungen – ggf. mit einem (lokalen) Sympathieträger oder Fachleuten aufgewertet – werden in kleineren Orten überproportional gut besucht.

Je größer der Ort, um so mehr Gewicht bekommen Bündnisse mit anderen Interessengruppen und eine gute und kontinuierliche Pressearbeit. Viele Initiativen haben gute Erfahrungen damit gemacht, die Pressearbeit in einer Hand zu bündeln. Diese Person ist dann Ansprechpartner für die Presse und lässt sich in regelmäßig gefaxten Presseerklärungen zitieren. Diese werden üblicherweise „druckreif“ geschrieben, sodass es den Journalisten möglichst wenig Arbeit macht sie umzuschreiben (Bsp.: „Bürgerbegehren fordert Erhalt des alten Freibades auch aus Kostengründen. Der Sprecher des Begehrens, Peter Wassermann, äußerte Zweifel an der Berechnung der tatsächlichen Neubaukosten ...“). Sie lesen sich also, als seien sie bereits eine redaktionelle Meldung und werden daher manchmal sogar unverändert abgedruckt.

►► **Kontakt**
Jürgen Griesmeyer
Telefon 08175-8728